

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Verkaufspreis: überhöflich. DM. 2.00 einschließlich des „Kunst-Unterhaltungsblattes“ in der Geschäftsstelle, bei unseren Hosen sowie bei allen Anzeigenstellen. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Bei allen anderen Anzeigen — Freitag oder Sonntag — ist die Zahlung der Gebühren bei der Bestellung oder bei der Lieferung der Anzeigen vorzunehmen. — Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Nichtlieferung der Anzeigen.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshöbel, Neuheide, Oberflügengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterflügengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die Kleinplattige Zeile 20 Wg., andernfalls 25 Wg. Im Wochenpreis die Zeile 50 Wg. Im amtlichen Teile die gewöhnliche Zeile 50 Wg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für spätere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Nichtlieferung der durch Druckfehler aufgegebenen Anzeigen.

Fernsprecher Nr. 110.

Druckwerkst. Schriftleiter, Druck und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

66. Jahrgang.

Nr. 223.

Freitag, den 26. September

1919.

Nachstehende Verordnung des Reichswehrministers vom 12. September 1919, die auch für Sachsen Geltung hat, wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, den 22. September 1919.

1072 III Kr. 1
10269

Wirtschaftsministerium.

Bekanntmachung.
Nr. F. R. 220/8. 19. KRA.

Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Befugnisse wird nach Maßgabe des Erlasses, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung, vom 26. April 1919 (RWB. S. 438) folgendes bestimmt:

Artikel I.

Die von den Kriegsministerien oder den Militärbefehlshabern erlassenen, den Betroffenen namentlich zugestellten Verfügungen, betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht von Wismut, Wismuterzen und wismuthaltigen Materialien jeder Art, einschließlich eigener Erzeugung der Betroffenen, werden hiermit aufgehoben.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 12. September 1919 in Kraft.
Berlin, den 12. September 1919.

Der Reichswehrminister.
J. H.: Wolffhügel.

Die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 21. 8. 1919 über Höchstpreise für Birnen — Nr. 190 der Sächsischen Staatszeitung vom 21. 8. 1919 — wird aufgehoben.

Die in der Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums vom 16. 7. 1919 — Nr. 160 der Sächsischen Staatszeitung vom 17. 7. 1919 — über Normalpreise für die Verpackung von Kapseln, Birnen- und Pflaumenmugungen unter I festgesetzten Erzeuger (Normalpack)preise von 40 M. für Tafeläpfel, 35 M. für Tafelbirnen, 20 M. für Wirtschaftäpfel, 15 M. für Wirtschaftsbirnen und 25 M. für Pflaumen (Zweitschen) bleiben für die Preisbildung auch weiterhin maßgebend.

Dresden, am 23. September 1919.

2394 V G 1
10410

Wirtschaftsministerium,
Vandeslebensmittelamt.

Neue Entscheidungen.

Bisher ist die Entente nicht von ihren Erklärungen abgewichen, daß sie an dem Prozeß gegen den deutschen Kaiser, die deutschen Staatsmänner und Heerführer festhalte, obwohl schon Stimmen laut wurden, das Gerichtsverfahren werde nicht stattfinden, weil in England und Amerika weite Kreise dagegen seien. Man kann nach der jüngsten Wiener Veröffentlichung über die Vorgeschichte des Krieges abgesehen werden, daß der Prozeßbeschuß tatsächlich abgeändert werden wird, denn es steht nunmehr fest, daß die maßgebenden deutschen Kreise Oesterreich gegenüber lediglich ihre Bündnistreue betont, aber das Kriegskultivatum des Wiener auswärtigen Ministers Grafen Berchtold nicht vorher gekannt, und ebensowenig mit bestimmten feindseligen Absichten Russlands und Englands gerechnet haben. Es bleibt also nichts von einer Schuld, das heißt von einer bewußten Absicht, den Weltkrieg herbeizuführen, übrig.

Es ist voraussehen, daß die für das österreichische Ultimatum an Serbien verantwortlichen Stellen jetzt erklären werden, daß ihnen ebenfalls nichts ferner gelegen habe, als den Weltkrieg zu entzünden, sondern daß nur der Konflikt mit Serbien habe aus der Welt geschaffen werden sollen. Wenn es feststeht, daß die russische Kriegspartei zum Beginn der Feindseligkeiten entschlossen war, so hätte allerdings der österreichischen Regierung ein milderes Ultimatum auch nichts geholfen. Jedenfalls hätte sie aber vermeiden müssen, die Note nach Belgrad abzusenden, bevor die Berliner Stellen von dem Wortlaut des Schriftstückes Kenntnis erhalten hatten. Gerade weil der deutsche Kaiser und der Reichskanzler fest auf dem Boden des Bündnisses standen, mußte es für sie selbstverständlich sein, vor dem allerletzten entscheidenden Schritt in Wien die genaueste Information zu erhalten.

Wäre die Friedensliebe bei der Entente größer gewesen, hätte sie die Dinge nicht so zu überstürzen brauchen, wie es geschehen ist. Wenn Russland Serbien nicht Oesterreich-Ungarn ausliefern zu lassen gedachte, so mußte es vor allen Dingen abwarten, was mit Serbien geschehen würde. Und England hatte nicht nötig, sich für Russland so, wie es geschehen ist, ins Zeug zu legen. Nachdem für uns der Zweifrontenkrieg entschieden war, blieb jedenfalls für uns nichts übrig, als den Kriegsplan des

früheren Generalstabschefs Grafen Schlieffen, den Einmarsch in Belgien, zur Ausführung zu bringen. Bei einem Angriff nur gegen die französischen Grenzbesetzungen hätten wir uns nutzlos geopfert.

Wenn die Entente eine Schuld Deutschlands am Weltkriege auf Grund der neuen Feststellungen verneinen muß, so kommt sie vielleicht auch zu einer vernünftigen Berechnung der Kriegskostenentschädigung, die der französische Finanzminister Klotz bekanntlich auf 665 Milliarden berechnet hatte. Der französische Abgeordnete Marin, hat in der Pariser Deputiertenkammer nur 445 Milliarden herausbekommen, und auch das ist ein Betrag, bei dem nur der „Steiger“, aber nicht die Gerechtigkeit mitgerechnet hat. Daß Deutschland bei den obwaltenden Verhältnissen auch diesen Betrag nicht zahlen kann, ist außer Zweifel. Er muß daher ermäßigt werden. Beim Pariser und Londoner Zeitungen geschrieben haben, wir brauchten ja nur zu arbeiten, um unseren Verpflichtungen nachzukommen, so muß die Entente dazu bedenken, daß wir Geld zum Kauf der Arbeitsmittel und der Nahrung haben müssen. Wenn alles Geld nur an die große Ententekasse abgeliefert werden soll, erstirbt zudem die Lebensstunde. Und ist die fort, so hört auch bei dem fleißigsten Menschen die Arbeitsfreude auf. Es bedarf also neuer Entscheidungen, die der Wirklichkeit Rechnung tragen. Daß wir nicht weniger Steuern zu zahlen haben werden, als die Franzosen, wie der Friedensvertrag besagt, darüber können sie ganz ohne Sorge sein.

Wm.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Regierung fordert die Umsatzsteuer. Der Zwölferauschuß der Nationalversammlung begann Mittwoch seine Beratungen über die Umsatzsteuer. Ein Vertreter der Mehrheitssozialisten beantragte Vertagung bis zur Beratung der direkten Steuern. Das Volk könnte die mit der Umsatzsteuer verbundenen Lasten jetzt nicht tragen. Reichsfinanzminister Erzberger erklärte für die Regierung sei die Vertagung des Umsatzsteuergesetzes mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen unannehmbar.

Eintritt der Demokraten in die Reichsregierung. Zur Frage des Wiederein-

tritts der Demokraten in die Reichsregierung erfährt das „Berliner Tageblatt“ von unterrichteter Seite: Die Anregungen zu den Verhandlungen, die am Montag begannen, gingen von der Regierung aus. Diese Verhandlungen, die zunächst einen durchaus vorbereitenden Charakter tragen, werden seitens der Demokraten von dem ehemaligen Reichsfinanzminister Schipper geführt.

— 2500 deutsche Verlustlisten. Die Zahl der amtlich ausgegebenen deutschen Verlustlisten hat bis jetzt bereits 2500 überschritten. Bei den jetzt noch erscheinenden Namen handelt es sich teils um verspätete Nachträge und Berichtigungen, teils um Todesfälle infolge von Krankheit oder Verwundungen, ferner um solche, die gerichtlich für tot erklärt sind. Solche Nachträge sind sicher noch auf lange Zeit hinaus zu erwarten. Auch das Verzeichnis der Nachlässe und Fundschau erscheint noch weiter. Es gibt die auf den Schlachtfeldern, in den Lazaretten usw. vorgefundenen Gegenstände an, meist Uhren, Geldbörsen, Trümpfe usw. Wenn diese Listen besser betrachtet würden, könnten sicher viele Angehörige wieder in den Besitz dieser Gegenstände, die doch zu meist teure Erinnerungen darstellen, gelangen.

Der Seemannsstreik hindert den Gefangenentransport. Die Admiralgewalt teilt amtlich mit: Der Seemannsstreik in den Nordseehäfen zeitigt üble Folgen für den Abtransport unserer Gefangenen aus England. Die Dampfer „Billreal“ und „Relita“ sollten Dienstag von Hamburg nach Bremerhaven auslaufen, um dort ihre Ausrüstung zu beenden. Infolge des Seemannsstreiks ist es bis jetzt nicht möglich gewesen, die Dampfer in Fahrt zu setzen. — Die Altonaer Seeleute haben sich dem Sympathiestreik angeschlossen. Im Hafen ruht jeder Verkehr.

— Spartakistische Mordpläne. Außer sechs Halleischen sind in Halle zwei Münchener Kommunisten, der Schlosser Graf, und der Buchbinder Franta, verhaftet worden. Diese waren, wie jetzt einwandfrei feststeht, nach Halle entsandt worden, um den früheren Kommunistenführer Hartung zu ermorden. Es wurde außerdem festgestellt, daß zu Agitationszwecken Halle von den Kommunisten in sieben Bezirke eingeteilt war. Der Zweck dieser Organisation war angeblich eine sorgfältige Durchführung der Agitation und die Überwachung persönlicher Verhältnisse, um zu verhindern, daß sich Spitzel in die Organisation ein-